

Fragezeichen zum neuen FDP-Slogan

Die FDP kämpft mit dem Schlagwort **Gemeinsinn** um die Gunst der Wähler. Nun bemängelt der Präsident der «Freunde der FDP», dass dazu der konkrete Inhalt fehlt.

Daniel Friedli

Für Freiheit und Fortschritt kämpfen die Freisinnigen seit je. Für den Wahlkampf 2015 hat die Partei zusätzlich ein neues Schlagwort in ihre Strategie aufgenommen: **Gemeinsinn**. «Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, denn er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen», schreibt die FDP auf ihrer Homepage. «Mit freiwilligem Engagement in Familie, Nachbarschaft, Verein und Politik stärken wir unsere Gemeinschaft.»

Was die FDP politisch zu diesem Thema bietet, erscheint indes selbst Sympathisanten noch verbesserungswürdig, so auch dem Präsidenten des Fördervereins «Freunde der FDP», Peter Gomez. Gerade zu den Themen des sozialen Friedens, des Miteinanders und der Toleranz finde sich in der Zukunftsstrategie der

Peter Gomez



Der Präsident der «Freunde der FDP» wünscht sich vom Freisinn noch konkretere Botschaften zum Thema **Gemeinsinn.**

FDP «noch wenig Handfestes», schreibt der frühere Rektor der Hochschule St. Gallen und Präsident der SIX Group in einem Beitrag für die Zeitschrift «Schweizer Monat». «Die zunehmende Bedeutung von Freunden und Familie, das Aufkommen von neuen Lebensformen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden von den anderen Parteien besser adressiert.» Speziell von der CVP, der SVP und der BDP, so Gomez, könnten die Freisinnigen auf diesem Feld noch lernen.

Die Passage stammt aus einem Aufsatz, in dem Gomez - als unabhängiger und engagierter Bürger, wie er sagt - ergründet, welche der vielen selbsternannt liberalen Parteien dieses Etikett auch tatsächlich verdienen. Dazu definierte er die vier Bereiche **Gemeinsinn, Freiheit, Fortschritt** und **Zukunftsfähigkeit**, legte fest, welche Voraussetzungen und Werte einem zeitgemässen Liberalismus in diesen Themen zugrunde liegen, und verglich

schliesslich, was FDP, CVP, SVP, BDP und Grünliberale dazu in ihren Programmen postulieren.

Das Ergebnis, erläutert Gomez im Gespräch, könne sich für die FDP durchaus sehen lassen: Sie schneidet punkto liberaler Ausrichtung am besten ab und kann vor allem mit ihren Positionen bezüglich Freiheit und Fortschritt punkten. Ausgerechnet beim neuen Thema **Gemeinsinn** sieht Gomez aber noch Nachholbedarf. Dass die FDP auf dieses Thema setze, sei aus liberaler Sicht durchaus angebracht, sagt er. «Doch die FDP sollte diesen Begriff noch stärker mit Inhalt füllen.» Es reiche nicht, sich einfach für Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer und mehr Freiwilligenarbeit starkzumachen.

Weit ernüchternder fiel die Analyse für die anderen Parteien aus. Bei der SVP zum Beispiel stellt Gomez klare liberale Defizite betreffend Fortschritt und Zukunftsfähigkeit fest. Der Partei fehle es an zwei für den wirtschaftlichen Fortschritt entscheidenden liberalen Grundvoraussetzungen: dem prospektiven Denken und der Weltoffenheit. Bei der CVP diagnostiziert er gedankliche Scheuklappen in wirtschaftlichen Fragen sowie eine unverkennbare Sympathie für innovationshemmende Regulierung - beides hat unter anderem mit dem Engagement der Partei für die Energiewende zu tun. Und bei der BDP fand er generell kaum «explizite liberale Grundsätze des Denkens und Handelns». Der GLP schliesslich attestiert Gomez das Verdienst, früh auf das Thema Nachhaltigkeit gesetzt zu haben, welches die FDP ihrerseits wohl zu lange vernachlässigt habe. Allerdings bleibe die Partei trotz ihrem Bekenntnis zum Liberalismus bei vielen Themen erstaunlich vage.

Wichtiger als diese Differenzen ist Gomez aber die Frage, wie die bürgerlichen Parteien über die nächste Wahl hinaus wieder vermehrt zu einer gemeinsamen liberalen Politik finden. In seinem Urteil versuchen diese zu oft, sich auf Kosten der jeweils anderen Partei zu profilieren, womit sie letztlich den Sozialdemokraten und Nationalkonservativen zu Mehrheiten verhelfen. Das Potenzial für eine bessere Verständigung sieht Gomez unter anderem in der Sicherheitspolitik, bei der Bekämpfung von Bürokratie und Staatsausbau und bei einer Altersvorsorge mit flexiblem Rentenalter. In der Energiepolitik hofft er - wenn sich schon die Energiewende nicht mehr aufhalten lasse -, dass wenigstens zu keiner Technologie Denkverbote erlassen werden.



Jürg Schlup, der Präsident der 39 000 Mitglieder starken nationalen Ärztesgesellschaft FMH, in seiner Praxis in Zollikofen. (2012)

Ärzteverband FMH in Geldnöten

Der Vorstand der nationalen Gesellschaft muss Sparvorschläge prüfen

Die Ärztesvereinigung FMH sieht finanziell schwierigen Zeiten entgegen. Zur Debatte stehen Sparmassnahmen beim Personal, bei der IT und bei den Dienstleistungen.

Andreas Schmid

Im diesjährigen Budget der nationalen Ärztesvereinigung FMH klafft ein grosses Loch. Der Fehlbetrag wird mit 700 000 Franken bis eine Million beziffert, je nach Verlauf der Gesamtrevision der Tarifstruktur Tarmed. Zudem fehlen dem Institut für ärztliche Weiter- und Fortbildung, einem Organ der FMH, im Voranschlag rund 900 000 Franken für eine ausgeglichene Rechnung. Das Defizit der Vereinigung rührt vom steigenden Angebot und vom hohen Personalaufwand.

Aufgrund dieser düsteren Aussichten hatte die 200-köpfige Ärzteskammer, das FMH-Parlament, im letzten Herbst eine Task-Force eingesetzt. Mit dem Auftrag, Sparmöglichkeiten zu prüfen, das Angebot an Dienstleistungen unter die Lupe zu nehmen sowie Prioritäten festzulegen. Das Gremium liess von der Berater-Gesellschaft KPMG eine Analyse erstellen. Anhand dieses

Berichts hätte die Ärzteskammer, die am vergangenen Donnerstag tagte, über Massnahmen zur künftigen Stabilisierung des Budgets beraten sollen. So weit kam es nicht, denn das Ärzteparlament trat mangels ausreichender Informationen zum Geschäft nicht darauf ein. Es beauftragte den FMH-Zentralvorstand, Massnahmen vorzuschlagen, die an einer nächsten Sitzung der Ärzteskammer behandelt werden sollen.

FMH-Präsident Jürg Schlup wollte weder die Frage beantworten, zu welchem Fazit der KPMG-Bericht komme, noch wie viel dieser gekostet habe. Über seinen Sprecher liess er sich lediglich zu einem dürren Statement zum weiteren Vorgehen bewegen: «Die Ärzteskammer hat entschieden, das Geschäft zur Prüfung an den Zentralvorstand zu weisen. Dieser ist nun damit beauftragt, die Vorschläge der Task-Force zu analysieren.» Die Schlussfolgerungen würden dann dem FMH-Parlament präsentiert.

Prinzip Rasenmäher

Wie Mitglieder der Ärzteskammer berichten, ortet der externe Bericht verschiedene Sparmöglichkeiten. «Nach dem Rasenmäher-Prinzip sollen alle Bereiche

beschnitten werden», sagt ein Delegierter. Vor allem schlugen die KPMG-Berater eine Vereinheitlichung der IT vor, und sie sähen einen Personalabbau als Möglichkeit. Bei der FMH arbeiten 80 Angestellte, die Gesellschaft bietet über 50 Vollzeitstellen.

Als Abbau-Option werde beispielsweise der Verzicht auf die eigene Gutachterstelle thematisiert. Dieses aussergerichtliche Organ hat die Aufgabe, im Auftrag von in der Schweiz behandelten Patienten unabhängige Gutachter mit der Erkennung allfälliger Ärztefehler zu betrauen. Die Stelle dient Patienten, die nicht an ein Gericht gelangen wollen und erhebt von diesen lediglich eine Gebühr von 600 Franken.

Neben dem Verzicht auf weitere Dienstleistungen und Projekte stellen die Berater auch eine Verkleinerung des neunköpfigen Zentralvorstands zur Diskussion. Zudem wird zur Steigerung der Einnahmen eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge erwogen. Die 39 000 Ärzte, die der FMH angehören, bringen mit über 18 Millionen Franken an Mitgliederbeiträgen drei Viertel der gesamten Verbandseinnahmen. Der nationalen Ärztesvereinigung bezahlen sie 500 bis 600 Franken,

dazu kommen Beiträge an kantonale Gesellschaften und Fachvereinigungen. Während ein Arzt mit 1200 bis 2000 Franken für Mitgliedschaften rechnen müsse, entrichteten Apotheker dafür bis zu 9000 Franken. Insofern sei ein Aufschlag der Abgabe an die FMH diskutabel, sagt ein Hausarzt. Mit 100 Franken mehr von jedem der 39 000 Mitglieder etwa liesse sich einiges machen.

Schwierige Ausgangslage

Das mit den Sparbemühungen angestrebte Ziel, künftig 20 Prozent der Bilanzsumme für Projekte bereitstellen zu können - zurzeit sind 95 Prozent der Ausgaben im Budget gebunden -, sei aber kaum zu erreichen. Selbst die Umsetzung der Vorschläge im KPMG-Bericht wäre dafür nicht ausreichend, betont ein Insider. Er stellt fest, dass die Diskussionen ums Sparen in der FMH für Spannungen und Verunsicherung sorgen. Auch deshalb, weil die Strategie der Verbandsspitze nicht genügend ersichtlich sei und unklar bleibe, wie viel Ressourcen die Führung in die politische Tätigkeit investieren wolle. Mit dem bisher wenig nutzvollen Umweg über die Task-Force habe die FMH zudem ein halbes Jahr verloren.

Wortkontrolle

► Übernachtungspauschale, die

Süsse Aufmerksamkeit für die eidgenössischen Parlamentarier, damit diese zwischen zwei aufeinanderfolgenden Sitzungstagen in der Bundesstadt übernachten können (► Betthupferl). Ausgerichtet werden steuerfrei 180 Franken (► Deckungsbeitrag), ganz unabhängig davon, ob man nach den Debatten (► Halbschlaf) effektiv in Bern (► Schlafstadt) bleibt oder doch noch nach Hause zurückkehrt (► Nachtschicht). Zum Bezug berechtigt ist allerdings nur, wer mindestens zehn Kilometer vom Bundeshaus entfernt wohnt

(► Pyjama-Gürtel) oder mehr als dreissig Minuten für die Anreise braucht (► Frühaufsteherbonus). Zu reden gab die Ü. diese Woche, weil der Donnerstag für einmal sitzungsfrei war (► Ruhetag) und die Nationalräte schon am Mittwochabend nach Hause durften (► Traumjob). Hellwach und ausgeschlafen wurde nach engagierter Debatte (► Kissenschlacht) entschieden, die Ü. trotzdem auch für den Mittwoch auszusparen (► Freinacht). Denn eine frühere Rückkehr sei für viele Abgeordnete unzumutbar (► Schönheitsschlaf).

Panne im Lobbyisten-Verband

In die Affäre um kasachisches Lobbying hat sich auch der Dachverband der Branche eingeschaltet. Die betroffene Lobbyistin ist dort aber gar nicht mehr Mitglied.

Daniel Friedli

Der Fall war diese Woche Gesprächsthema Nummer 1 im Parlament: Nationalrätin Christa Markwalder (fdp.) hat vor zwei Jahren einen Vorstoss eingereicht, den ihr die Lobbyistin Marie-Louise Baumann vorgelegt hat und dessen Inhalt Baumann zum Preis von 7000 Franken mit einer kasachischen Partei im Detail ausformuliert hat. Markwalder musste dafür heftige Kritik einstecken, im Fall von Baumann

leitete der Verband der Lobbyisten, die Schweizerische Public Affairs Gesellschaft (Spag), Abklärungen wegen mutmasslicher Verletzung der Ständeregeln ein. Nach einigem Hin und Her zeigt sich nun: Baumann ist in dem Verband gar nicht mehr Mitglied. Sie ist bereits im Sommer 2014 ausgetreten - nicht, weil die Spag auf dieses Datum schärfere Transparenzregeln einführt, wie Baumann beteuert, sondern wegen der damaligen Wirren im Verband. Die Spag bestätigt den Austritt und räumt ein, Baumann sei seither fälschlicherweise im Register geführt worden.

Trotzdem will die Ständekommission der Spag den Fall nun begutachten, wie deren Präsident Thomas Sägeser sagt.

Man habe den Auftrag, sich für eine Beachtung der Ständeregeln in der ganzen Branche starkzumachen. Und es sei für alle Beteiligten nützlich, eine gute Praxis zu etablieren. Sanktionen aber, so Sägeser, hat Baumann als Nichtmitglied nicht zu befürchten. Dass punkto Trans-



Marie-Louise Baumann

parenz bei den Spag-Mitgliedern noch Klärungsbedarf besteht, zeigt der Blick in deren Register. Viele beschränken sich darauf, auf die allgemeine - und mitunter unvollständige - Referenzliste ihrer Agentur zu verweisen. Die Regeln verlangen aber die Angabe der «Namen aller Auftraggeber, die durch das jeweilige Spag-Mitglied direkt betreut werden».

Für mehrere Politiker zeigt der Fall denn auch, dass Selbstregulierung im Bereich des Lobbying nicht genügt. SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat darum diese Woche eine Motion eingereicht, in der er ein verbindliches Lobbyisten-Register fordert. Zugang zum Parlament soll nur noch erhalten, wer schriftlich Transparenz über alle Auftraggeber herstellt.